



**NETZWERK
-BILDUNG**



Hannah Pfanzelt, Wolfgang Gaiser, Kerstin Ott

Die Schule als Ort zum Lernen demokratischer Tugenden?! Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015

VERTIEFTE AUSWERTUNG DER JUGENDSTUDIE ZU „POLITISCHE BILDUNG IN DER SCHULE“

Auf repräsentativer empirischer Basis der 2015 in Kooperation von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und infas, Institut für angewandte Sozialwissenschaften, durchgeführten Jugendstudie wird durch eine vertiefte Auswertung dargestellt, wie und inwieweit Schule Ort der Aneignung demokratischer Tugenden sein kann. Deutlich wird: Schule kann Politikverständnis fördern, aber das alleine überträgt sich kaum in politisches Handeln. Als be-

sonders bedeutsam erweist sich die Erfahrung aktiver Beteiligung in der Schulzeit. Junge Menschen, die in der Schule aktiv waren, sind häufiger auch außerschulisch aktiv (in Vereinen, Organisationen oder politisch). Auch die subjektive Handlungskompetenz wird durch solche Erfahrungen gestärkt. Doch in einem gegliederten Schulsystem scheinen auch diese Lernchancen nicht gleich verteilt zu sein. Außerschulische politische Bildung kann hier ausgleichend wirken.

EINLEITUNG

Wie entwickeln sich grundsätzliche Einstellungen zu Demokratie? Welche Anreize können geschaffen werden für zivilgesellschaftliche Partizipation? Wie kann politische Bildung die Aneignung demokratischer Werte fördern? Hier Antworten zu finden, ist grundsätzlich wichtig für die Zukunft demokratischer Systeme, besonders relevant aber auch in Zeiten, in denen demokratiefeindliche Kräfte stärker werden.

Für junge Menschen in Europa sind die Risiken von politischer wie wirtschaftlicher Marginalisierung gestiegen. Insbesondere wird die Kluft größer zwischen denjenigen, die zuversichtlich und bereit sind, sich in die Gesellschaft einzubringen und denjenigen, die wenig Hoffnung auf ein erfülltes Leben haben und sich nicht repräsentiert fühlen (Europäische Kommission 2015, S. 4). Um die demokratische Teilhabe der jungen Generation zu stärken, braucht es eine Demokratiebildung, die an die Lebenswelten junger Menschen anknüpft (vgl.

Europäische Kommission 2015; BMFSFJ 2017). Hierbei kommt politischer Bildung in und außerhalb der Schule eine wesentliche Bedeutung zu. Milbradt et al. (2018, S. 8f) bringen die aktuellen Aufgaben für politische Bildungsarbeit auf den Punkt: Jugendliche müssen als Mitgestaltende in der Gesellschaft ernst genommen werden und ihre politische Handlungsfähigkeit muss dadurch gestärkt werden, dass sie Anknüpfungspunkte zu ihren eigenen Interessen finden.

Folgend wollen wir die Verbindungen zwischen schulischer und außerschulischer politischer Bildung und Merkmalen demokratischer Tugenden näher beleuchten. Besondere Beachtung finden dabei auch soziale und motivationale Faktoren, die die Bereitschaft, an solchen Angeboten teilzunehmen, beeinflussen können. Datengrundlage für die Analyse sind die Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, die das Verhältnis junger

Demokratische Tugenden

Bei der Analyse von demokratischen Tugenden werden neben der Wissens- und Kompetenzebene auch Einstellungen zu demokratischen Werten, den politischen Institutionen und Akteuren sowie die Bereitschaft sich zu beteiligen beleuchtet. So können grundlegende Haltungen zum politischen System in einer hierarchischen Ordnung zusammengefasst werden; s. ausführlicher in Gaiser et al. (2009).

Menschen zu Politik und politischer Partizipation umfassend untersucht hat (Gaiser et al. 2016b). Die Befragungsdaten spiegeln die verbreitete Leidenschaftslosigkeit junger Menschen für institutionelle Partizipation wider. Nur 5 Prozent der Befragten haben sich schon einmal in Partearbeit eingebracht, 4 Prozent ein politisches Amt übernommen. Im Vergleich mit anderen Lebensbereichen steht das Thema Politik für die meisten jungen Menschen hinten an. Es wird aber auch deutlich, dass die junge Generation durchaus zur Partizipation in anderen, unkonventionellen und digitalen Beteiligungsformen bereit ist (vgl. Gaiser/de Rijke 2016, S. 53).

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse der Studie, dass der Zugang zu Politik und politischem Handeln für bestimmte Gruppen schwieriger ist. So ist es für junge Frauen, Migrant_innen und Niedriggebildete schwerer, sich politisch einzubringen; eine soziale Ungleichheit, der sich auch die politische Bildung stellen muss.

FES-Jugendstudie „Jung – politisch – aktiv?!“

Für die FES-Jugendstudie wurden in Kooperation mit dem DJI zwischen Mai und Juli 2015 insgesamt 2.075 repräsentativ ausgewählte Jugendliche im Alter von 14 bis 29 Jahren durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaft in einer Online-Befragung und 20 Jugendliche in qualitativen Interviews zu ihrem politisch-gesellschaftlichen Engagement befragt. Neben dem Buch zur Studie (Gaiser et al. 2016b) ist eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse online zu finden, unter www.fes.de/e/jung-politisch-engagiert/.

Neben den bereits veröffentlichten Ergebnissen sollen nun drei Komponenten politischer Bildung und ihre Zusammenhänge mit soziodemographischen Hintergründen und Merkmalen demokratischer Tugenden

besonders betrachtet werden: 1. die Förderung des Politikverständnisses in der Schule (Wissen), 2. Partizipationsmöglichkeiten im schulischen Kontext (Handeln) und 3. der Wahrnehmung von Angeboten politischer Bildung außerhalb des schulischen Kontextes (Netze).

FÖRDERUNG VON POLITIKVERSTÄNDNIS IN DER SCHULE (WISSEN)

Die diesem Abschnitt zugrundeliegende Darstellung nutzt Antworten auf die in der FES-Jugendstudie gestellten Frage: „Wie sehr wird/wurde Dein/Ihr Verständnis von politischen Themen und Vorgängen in der Schule gefördert?“ Geantwortet werden konnte auf einer Skala von 1 „Gar nicht“ bis 5 „Sehr stark“. Abgefragt wurde somit die subjektive Einschätzung, inwieweit die Schule das Politikverständnis fördere/gefördert habe.

Insgesamt muss man konstatieren, dass ein Drittel der Befragten (38 Prozent) „wenig bzw. gar nicht“ antworten, immerhin ein knappes Viertel (22 Prozent) „sehr stark bzw. stark“ (vgl. Tabelle 1). Bei genauerer Betrachtung der soziodemographischen Hintergründe fällt auf, dass männliche Befragte den Einfluss der Schule positiver sehen als weibliche. Ebenso schätzen mehr jüngere Befragte (26 Prozent) die Förderung des Politikverständnisses als stark ein als ältere (16 Prozent). Deutlich sind die Differenzen nach Schulstufe/Bildungsniveau. 45 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss geben an, dass ihr Politikverständnis gar nicht bis wenig gefördert wurde, in der Gruppe mit Abitur sagen dies „nur noch“ 38 Prozent. Bei Analyse des Antwortverhaltens unter Aspekten der Gleichheit nach Region und Herkunft zeichnen sich keine Unterschiede zwischen Ost-West und Migrationshintergrund ab – man könnte auch kritisch kommentieren: „im Mittelmäßigen vereint“. Betrachtet man allerdings andere – subjektive – Indikatoren sozialer Ungleichheit wie beispielsweise Zufriedenheit mit der Lebenslage und soziale Verunsicherung, so wird erkennbar, dass soziale Benachteiligung und subjektive Unsicherheit mit der Einschätzung einhergeht, Schule habe Politikverständnis nur wenig gefördert.

Auch vor dem Hintergrund, dass eine gewisse Wechselwirkung zwischen den Faktoren besteht, lassen die Daten erkennen, dass diejenigen, die sich in ihrem Politikverständnis in der Schulzeit gefördert finden, mehr als andere politisch interessiert, zufriedener sind mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert und auch mit ihren Prinzipien wie Mei-

Tabelle 1: FÖRDERUNG VON POLITIKVERSTÄNDNIS DURCH DIE SCHULE
(ausgewählte Indikatoren, Angaben in %)

		Gar nicht, Wenig	Mittel	Stark, Sehr stark
Geschlecht	Weiblich	40	40	20
	Männlich	35	41	24
Alter	14-17 Jahre	33	41	26
	18-23 Jahre	38	39	23
	24-29 Jahre	43	41	16
Bildung	Gehe noch zur Schule	34	40	25
	Hauptschulabschluss	45	35	20
	Mittlere Reife	39	43	18
	FH-Reife	48	37	15
	Abitur	38	40	22
Zufriedenheit mit der eigenen Lebenslage	Nicht/wenig/mittel	49	36	15
	Stark/sehr stark	32	43	25
Soziale Verunsicherung	Niedrig	31	31	38
	Mittel	36	42	22
	Hoch	44	39	17
Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD	Unzufrieden/etwas zufrieden	44	38	18
	Sehr/ziemlich zufrieden	31	42	27
Demokratieprinzipien				
Demonstrationsfreiheit	Sehr stark dafür	37	40	24
	Neutral/eher dagegen	41	43	16
Meinungsfreiheit	Sehr stark dafür	37	40	23
	Neutral/eher dagegen	42	42	15
Oppositionsrecht	Sehr stark dafür	35	39	26
	Neutral/eher dagegen	43	43	14
Insgesamt %		38	40	22
N (Anzahl der Befragten)		786	836	449

Datenquelle: FES-Jugendstudie 2015. Frage: „Wie sehr wird/wurde Dein/Ihr Verständnis von politischen Themen und Vorgängen in der Schule gefördert?“ Geantwortet werden konnte auf einer Skala von 1 „Gar nicht“ bis 5 „Sehr stark“.

nungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und Oppositionsrecht. Trotz kritischer Wertorientierungen haben sie dabei auch ein vergleichsweise höheres Vertrauen in die politischen Institutionen in Deutschland und Europa.

Für die Stärkung demokratischer Tugenden sind dies gute Voraussetzungen. Denn die Verbindung zwischen Aufgeschlossenheit gegenüber der Thematisierung politischer Fragestellungen in der Schule und einer Schule, die Wissen über Prinzipien, Verfahren und Institutionen der Demokratie vermittelt sowie optimalerweise auch Demokratieerfahrungen ermöglicht, fördert den gesellschaftstragenden Typus der „kritischen Demo-

krat_innen“, die ihre politische Kritik positiv in Partizipation umsetzen (vgl. Gaiser et al. 2016a).

Aus den Daten wird aber auch deutlich, dass sich in der Schule generiertes Wissen über Politik nicht direkt in politisches Handeln überträgt. Diejenigen, die Förderung ihres Verständnisses als stark einschätzen, sind nur geringfügig aufgeschlossener für aktive politische Partizipation als solche, die aus der Schule nur wenig Wissen mitgenommen haben. Eine größere Rolle für das Lernen in der Schule für das Leben in der Demokratie können Erfahrungen aktiver Beteiligung im Schulkontext sein. Solche Zusammenhänge sollen im nächsten Abschnitt genauer analysiert werden.

Tabelle 2: STÄRKUNG VON DEMOKRATISCHEN EINSTELLUNGEN DURCH PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN IM SCHULISCHEN KONTEXT (ausgewählte Indikatoren, Angaben in %)

		Gar nicht	Mittel bis Wenig	Hoch
Geschlecht	Weiblich	12	56	32
	Männlich	13	59	28
Bildung	Gehe noch zur Schule	10	59	31
	Hauptschulabschluss	18	61	20
	Mittlere Reife	16	52	32
	FH-Reife	17	55	28
	Abitur	11	58	31
West-Ost	West	12	59	29
	Ost	15	47	38
Hürden politischer Teilnahme	Schwer	14	59	26
	Mittel	9	58	34
	Leicht	5	47	47
Aktiv in NGOs	Nein	15	60	25
	Ja	5	42	53
Insgesamt %		12	57	31
N		255	1185	631

Datenquelle: FES-Jugendstudie 2015. Zusammengefasst wurden acht verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten: Mit Lehrer_innen über den Unterrichtsstoff hinaus über Politik diskutieren, In einer Schülervertretung mitarbeiten, Schülersprecher_in sein, In einer Schülerzeitung mitarbeiten, An einem politischen oder sozialen Projekt in der Schule mitarbeiten, Die Funktion des/der Klassensprecher_in wahrnehmen, Streitschlichter_in/Tutor_in/Pat_in sein, An einer Protestaktion in der Schule mitmachen. Antwortkategorien ja/nein. Für die Analyse wurden alle acht Beteiligungsformen in einer Variable zusammengefügt und anschließend in drei Kategorien unterteilt: 0 – keine Beteiligung, 1 – wenig bis mittlere Beteiligung (1-3 Formen), 2 – hohe Beteiligung (4-8 Formen).

PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN IM SCHULISCHEN KONTEXT (HANDELN)

Bekannt ist, dass in Schulen ganz unterschiedliche Gelegenheiten zur Mitgestaltung angeboten werden, in ihrer Vielfalt aber auch in ihrem Ausmaß. Die FES-Jugendstudie hat in ihrem Fragebogen acht verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten erfasst (vgl. Tabelle 2). Ermutigend ist zunächst die geringe Anzahl derjenigen, die gar keine Beteiligungsmöglichkeiten in der Schule wahrnehmen, denn 57 Prozent der Befragten geben an, sich mindestens an einer Form beteiligt zu haben, 30 Prozent sind bzw. waren in der Schule hoch engagiert. Bezogen auf die Schulform ist aus unseren Daten aber auch ersichtlich, dass am wenigsten außerunterrichtliches Engagement in Hauptschulen stattfindet.

Werden jedoch verschiedene Gelegenheiten zur Beteiligung in der Schule angeboten und Schülerinnen

und Schüler zum Mitmachen ermutigt, so wirken sie als Gegenmittel gegen soziale Ungleichheit und als Integrationsfaktor bezüglich des Migrationshintergrunds. Der häufig zu Ungunsten der Mädchen konstatierte Geschlechterunterschied bei konventioneller, organisierter und institutionalisierter Partizipation findet sich bei schulischer Beteiligung nicht. Es sind sogar die Mädchen, die sich in solchen Gelegenheitsstrukturen stärker engagieren (32 Prozent der Mädchen haben ein hohes Engagement im Vergleich zu 28 Prozent der Jungen).

Ein Grund hierfür könnte sein, dass schulisches Engagement in erster Linie nicht eng auf Politik, sondern zunächst auf Beteiligung im konkreten Umfeld abzielt (vgl. zum Gender Gap in politischer Partizipation Pfanzelt/Spies 2018). Sichtbar wird auch, dass die weniger differenzierende Schulstruktur in den neuen Bundesländern sich beteiligungsfördernd auswirkt: Von hohem schulischem Engagement in der Schule außerhalb des Unterrichts berichten hier 38 Prozent

der Befragten gegenüber 29 Prozent in den alten Bundesländern.

Betrachtet man die gesellschaftsbezogenen Einstellungen junger Menschen im Zusammenhang mit außerunterrichtlichem Engagement in der Schule und interpretiert man solches Engagement als Einflussfaktor (wobei natürlich auch hier Wechselwirkungen möglich sind), können wir vielfältige positive Effekte feststellen. In besonderer Weise geht ein hohes Maß an Beteiligung in der Schule einher mit deutlich stärkerem Selbstvertrauen in die eigene politische Handlungsfähigkeit und Gestaltungsfähigkeit innerhalb

einer Gruppe. Auch die Hürden für politische Beteiligung werden als leichter wahrgenommen. Als Folge kann man hieraus ableiten, dass der Institution Schule nicht nur als Instanz zur Vermittlung von Bildung und Schaffung von Chancengleichheit eine tragende Rolle in der Gesellschaft zukommt. Durch Beteiligungsgelegenheiten über den Unterricht hinaus wird zudem das chancengleiche Aneignen demokratischer Teilhabe möglich.

Nicht zuletzt erweist sich die Schule als wichtige Gelegenheitsstruktur für transinstitutionelles Partizipationslernen. Wer durch Engagement in der Schulzeit

Tabelle 3: WAHRNEHMUNG VON ANGEBOTEN POLITISCHER BILDUNG
(ausgewählte Indikatoren, Angaben in %)

		Nie	Manchmal	Häufig
Geschlecht	Weiblich	68	30	2
	Männlich	61	34	4
Alter	14-17 Jahre	66	31	3
	18-23 Jahre	64	34	2
	24-29 Jahre	65	32	3
Bildung	Gehe noch zur Schule	68	29	3
	Hauptschulabschluss	53	39	8
	Mittlere Reife	62	34	4
	FH-Reife	66	31	3
	Abitur	64	33	3
West – Ost	West	65	32	3
	Ost	61	35	4
Rural – Urban	Rural	64	34	2
	Urban	65	31	4
Migrationshintergrund	Ja	64	32	4
	Nein	65	32	3
Politisches Interesse	nicht/wenig/mittel	71	28	1
	stark/sehr stark	46	46	8
Vertrauen in politische Institutionen	Gering	69	28	3
	Mittel	64	34	2
	Hoch	60	36	4
Zufriedenheit mit der eigenen Lebenslage	nicht/wenig/mittel	71	26	3
	stark/sehr stark	61	36	3
Politisch aktive Freunde	Niemand	75	23	2
	Einige	60	37	3
	Viele	34	54	12
Insgesamt %		65	32	3
N		1340	668	63

Datenquelle: FES-Jugendstudie 2015. Frage: „Wie häufig informieren Sie sich/informierst Du Dich mittels Angeboten politischer Bildung/Informationsveranstaltungen über Politik? Antwortkategorien nie/manchmal/häufig.

Struktur, Sinn und Anerkennung erlebt hat, engagiert sich auch eher in anderen gesellschaftlichen Kontexten wie NGOs, Vereinen oder am Arbeitsplatz.

WAHRNEHMUNG VON ANGEBOTEN POLITISCHER BILDUNG (NETZE)

Obwohl in der FES-Jugendstudie 2015 die Wahrnehmung von Angeboten politischer Bildung nur knapp erfasst werden konnte, brachte doch dieser Aspekt von institutionell unterstützter Vernetzung (verbunden mit dem Angebot von Wissen und der Information über Handlungsoptionen) eine Reihe interessanter Ergebnisse, was soziodemographische, Einstellungs- und Partizipationsaspekte angeht (vgl. Tabelle 3).

Insgesamt gesehen nehmen zwei Drittel der Befragten außerschulische Angebote politischer Bildung niemals, und nur 3 Prozent häufig wahr. Junge Männer nutzen diese Informationsmöglichkeit leicht häufiger als junge Frauen. Migrationshintergrund und Region spielen dagegen kaum eine Rolle, ob und inwieweit junge Menschen von solchen Angeboten erreicht werden. Auch ein Defizit politischer Bildung im ländlichen Raum bestätigen die Daten nicht. Demgegenüber ist jedoch beachtenswert, dass sich mit einem Hauptschulhintergrund eine häufigere Nutzung außerschulischer Angebote politischer Bildung verbindet.

Angebote politischer Bildung wahrzunehmen, hängt nicht überraschenderweise zentral mit politischem Interesse zusammen. Positive Zusammenhänge gibt es auch mit Vertrauen in Institutionen sowie in die eigene Handlungskompetenz. Benachteiligende Aspekte der Bewertung der eigenen Lebenslage (Gestaltungsspielraum, Finanzen, Wohnen, Beruf) geben Hinweise auf objektive Hinderungsgründe gegenüber der Teilnahme an solchen Angeboten. Gerade junge Menschen hingegen, die sozial (durch aktive Freundeskreise und politisch interessierte Eltern), organisationell (durch Engagement in Vereinen und NGOs) und institutionell (in Gewerkschaften oder Parteien) eingebunden sind, nutzen Angebote politischer Bildung. Anders herum interpretiert, werden so wichtige Zugänge und Netze gestärkt, weshalb diesen Angeboten eine wesentliche Rolle zur Stärkung junger engagementbereiter Demokratinnen und Demokraten zukommt.

Die Chance für politische Bildungsarbeit besteht in der Vielfalt ihrer Angebote: von institutionalisierten Beteiligungsmöglichkeiten in der Schule, über Projekttag,

Arbeitsgemeinschaften bis hin zu außerschulischen Planspielen und BarCamps sowie Informations- und Beteiligungsebenen im Netz. Damit zeigen sich zahlreiche Möglichkeiten, Kompetenzen zu stärken, Zugangschancen zu eröffnen und Demokratie für alle erlebbar zu machen.

FAZIT UND AUSBLICK

Die Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015 zeigen, dass politische Bildung und Beteiligung im schulischen wie außerschulischen Kontext zur Aneignung demokratischer Tugenden beitragen kann:

1. Politische Bildung fördert demokratische Einstellungen!

Aus den Daten der FES-Jugendstudie 2015 lässt sich ein positiver Zusammenhang zwischen politischer Bildung und der Einstellung zu grundlegenden demokratischen Werten erkennen. Die größte Wirkung erzeugt hierbei das in der Schule vermittelte Wissen über Politik. Junge Menschen, deren politisches Wissen in der Schule gefördert wurde, zeigen sich generell zufriedener mit der Demokratie in Deutschland, sie vertreten stärker grundlegende Demokratieprinzipien wie Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und Oppositionsrecht und haben größeres Vertrauen in politische Institutionen.

2. Politische Bildung fördert demokratische Teilhabe!

Als besonders bedeutsam erweist sich die Erfahrung aktiver Beteiligung in der Schulzeit. Junge Menschen, die in der Schule aktiv waren, sind häufiger auch außerschulisch aktiv, sowohl in gesellschaftlichem Umfeld (d.h. in Vereinen und Organisationen) als auch politisch (institutionell wie nicht-institutionell). Auch die subjektive Handlungskompetenz wird durch solche Erfahrungen gestärkt. Junge Menschen, deren Wissen über politische Vorgänge in der Schule gefördert wurde, die sich aktiv in der Schule engagiert haben und die Angebote politischer Bildung auch außerschulisch wahrnehmen, fühlen sich stärker befähigt selber politisch Einfluss nehmen zu können.

3. Politische Bildung stärkt das Gleichheitsprinzip!

Geschlechtsspezifische partizipative Ungleichheit zugunsten der Männer, wie in der Politik, gibt es in der

Schule nicht. Bei schulischen Partizipationsgelegenheiten engagieren sich sogar mehr junge Frauen. Auch ein Migrationshintergrund ist kein Hindernis für die Beteiligung in der Schulzeit und die Wahrnehmung von Angeboten politischer Bildung. Ebenso gibt es regional keine bemerkenswerten Unterschiede. Angebote für schulische Beteiligung werden in den neuen Bundesländern sogar stärker genutzt. Allerdings sind die Unterschiede in Bezug auf die Schulform nicht zu übersehen. Junge Menschen, die das Gymnasium besuchen, engagieren sich während der Schulzeit am häufigsten, ebenso bestätigen sie eher, dass ihr Politikverständnis in der Schule gefördert wurde. Die ungleiche Verteilung demokratischer Teilhabe nach sozioökonomischen Kriterien bleibt somit problematisch. Handlungsbedarf besteht daher weit über den Bildungskontext hinaus: Bildung alleine kann nicht ausgleichen, was Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an Teilhabe nicht hinlänglich ermöglichen.

Die hier präsentierten Ergebnisse verlangen sicher aufgrund der begrenzten Daten und der kursorischen Auswertung nach weitergehenden tieferen Analysen zur Verbreitung und Wirkung politischer Bildung im Jugendalter. Das tatsächliche Angebot politischer Bildung an Schulen zu erfassen, ist ein Vorhaben, dem sich die neue Studie im Auftrag des Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Relevanz politischer Bildung an Schulen“ von Prof. Dr. Sabine Achour und Susanne Wagner widmet (Frühjahr 2019). Darüber hinaus gilt es, die Wechselwirkungen zwischen den vielfältigen schulischen wie außerschulischen Angeboten non-formaler Bildungsträger und deren Nutzung genauer zu untersuchen, um aufbauend darauf Empfehlungen abgeben zu können, wie diese Angebote untereinander stärker vernetzt werden und damit schließlich synergetische, komplementäre und kompensatorische Wirkungen bei der Stärkung von demokratischer Teilhabe erzeugen können.

LITERATURVERZEICHNIS

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Berlin. Verfügbar über <https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7e644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> [21.08.2018]

Europäische Kommission (2015): Entwurf des gemeinsamen Berichts 2015 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des erneuerten Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018). Brüssel. Verfügbar über <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015DC0429&from=DE> [21.08.2018]

Gaiser, W./Krüger, W./de Rijke, J. (2009): Demokratielernen durch Bildung und Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 45, S. 39-46.

Gaiser, W./de Rijke, J. (2016): Jugend und politische Partizipation heute. In: Gaiser, W./Hanke, S./Ott, K. (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Bonn. S. 50-71.

Gaiser, W./Gille, M./de Rijke, J. (2016a): Einstellungen junger Menschen zur Demokratie. Politikverdrossenheit oder politische Kritik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 40-42, S. 36-41.

Gaiser, W./Hanke, S./Ott, K. (2016b): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Bonn.

Milbradt, B./Heinze, F./König, F. (2018): Politischer Bildung in einer Welt des Umbruchs. In: DJI- Impulse, H.1, S. 4-9.

Pfanzelt, H./Spies, D. (2018). The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. In: Political Research Quarterly, online first. <https://doi.org/10.1177/1065912918775249>.

DIE AUTOR_INNEN DIESER PUBLIKATION

Hannah Pfanzelt, studierte Europäische Politik und Vergleichende Politikwissenschaften an den Universitäten Maastricht und Köln. Sie wirkte bei der Konzipierung, Durchführung, Auswertung und Publikation der FES-Jugendstudie 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin mit.

Dr. Wolfgang Gaiser, Sozialwissenschaftler, ab 1972 am DJI mit den Schwerpunkten Jugend und Politik, Arbeit, Wohnen, Umwelt und Partizipation, zuletzt Grundsatzreferent für Jugendforschung und Mitherausgeber der FES-Jugendstudie 2015.

Kerstin Ott, Erziehungswissenschaftlerin, seit 2008 verantwortlich für das Forum Jugend und Politik in der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung und Mitherausgeberin der FES-Jugendstudie 2015.

IMPRESSUM

ISBN: 978-3-96250-196-9

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2018

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Abt. Studienförderung

Redaktion: Marei John-Ohnesorg, Marion Stichler,

Michael Taugner

Kollage Seite 1, Gestaltung und Satz: minus Design, Berlin

DAS NETZWERK

Im Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung treffen sich bildungspolitische Akteure der Landes- und Bundesebene sowie Bildungsexpert_innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Anliegen des Netzwerks ist der offene und konstruktive Dialog mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Bildungspolitik beizutragen. Das Netzwerk Bildung setzt sich für ganztägige Bildungseinrichtungen, frühe individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen ein.

Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: marion.stichler@fes.de

Digitale Versionen aller Publikationen:
<http://www.fes.de/themen/bildungspolitik/index.php>

KONTAKT UND FEEDBACK

Marei John-Ohnesorg
Bildungs- und Hochschulpolitik
marei.john@fes.de